



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der großdeutsche Mythos vom Treffen bei Langensalza.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Wie verlautete, hatte Preußen sich aber die weitere Zusendung dieses Staatsmanns verboten, und statt desselben einen wirklichen Arbeiter verlangt. Trotzdem, daß die Clerikalen den auf sie fallenden Theil der Wahlbewegung mit einer Versammlung zum Schutze des Papstthums und einem Wallfahrtstage verbunden hatten, erhielt v. Wambolt nur 4000 Stimmen, der liberal-conservative Krämer gar nur 1400, ein Lassalleaner ein paar Hundert der Candidat der Fortschrittspartei, Fabrikant Kugler aus Offenbach, aber schon im ersten Wahlgang die absolute Majorität mit über 8000 Stimmen.

Im Wahlbezirke Worms-Heppenheim war innerhalb der Fortschrittspartei eine Spaltung eingetreten. Ein Theil derselben entschied sich für Regierungsrath Pfannebecker, einen Altliberalen, der das Programm der Fortschrittspartei acceptirt hatte und als Gegner des Dalwigkschen Systems bekannt war. Einem anderen Theil der Partei aber war seine Verbindung mit der Regierung und seine Theilnahme an einem früheren reactionären Landtag anstößig und dieser stellte ihm in der Person des Advokaten Finger eine Persönlichkeit von hervorragender politischer Bedeutung entgegen. Nichtsdestoweniger siegte der in dem Bezirk als großer Grundbesitzer und Verwaltungsbeamter festgewurzelte Pfannebecker mit mehr wie 7000 Stimmen über Finger, der deren 3000 erhielt.

Zieht man das Facit der hessischen Wahlen, so ergibt sich, daß sämtliche Gewählte den Eintritt Südhessens in den Nordbund befürworteten, und daß nur in zwei Wahlbezirken wirkliche Gegner der nationalen Sache aufgestellt werden konnten und daß diese trotz aller Regierungsunterstützung unterliegen mußten. Für die Candidaten der Fortschrittspartei fielen etwa 44000 Stimmen, für die Candidaten der Liberalconservativen ca. 12000, für die Demokraten 6500, für die ultramontanen Candidaten ca. 4500, für die Lassalleaner etwa 1000 Stimmen. Diese Zahlen geben zwar nur ein äußerliches Bild der Sachlage, immerhin darf aus denselben aber gefolgert werden, daß die national gesinnte Fortschrittspartei in Hessen-Darmstadt stärker ist, als alle anderen Parteien zusammen.

Der großdeutsche Mythos vom Treffen bei Langensalza.

Die officiellen Kriegsgeschichten des preussischen und österreichischen Generalstabs, das Werk von Blankenburg, E. Knorr, der Feldzug des Jahres 1866 in West- und Süddeutschland, haben neben einer ganzen Reihe ähnlicher Darstellungen während der letzten Monate die Erinnerung an die Zustände der Kriegswochen sehr lebendig gemacht. In den letzten Tagen aber hat der

Manuscriptdruck des Grafen Münster speciell an die Verhandlungen mit dem König von Hannover erinnert, welche das Treffen von Langensalza einfaßten. Wir nehmen daher Veranlassung, auf eine falsche Darstellung zurückzukommen, welche auch in die Erzählung des österreichischen Generalstabs übergegangen ist. Unser Bl. hat während der Kriegswochen einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen in Gotha vom 23.—27. Juni gebracht, es hat also besondere Veranlassung, noch einmal auf diese Momente der Kriegsgeschichte zu kommen. Auch zur Vertheidigung eines ungerecht Beurtheilten. Es scheint uns nicht recht, daß ein Fürst, der im Jahre 1866 seine Pflicht gegen sein Land und gegen Deutschland so voll erfüllt hat, wie wenig andere, fortwährend und ohne Vertheidigung durch die Presse Gegenstand feindlicher Verleumdung werde. Es sind aber die Tage vor der Schlacht bei Langensalza auch vorzugsweise charakteristisch für die Selbstverblendung, den Hochmuth und die Unwahrheit der Gegner.

Es wird genügen, dafür allbekannte und zweifellose Thatsachen kurz zusammenzustellen.

Der König von Hannover hatte die ihm von Preußen angebotene Neutralität abgelehnt, der Krieg war ihm von Preußen erklärt, er und sein Land den Wechselfällen eines großen Kampfes ausgesetzt.

Als preußische Truppen das Königreich betraten, wick er mit dem schnell zusammengezogenen Heer über die Grenze auf preußisches und coburg-gothaisches Gebiet aus, er befand sich seitdem in Feindesland.

Es mag viel Unklarheit im hannöverschen Hauptquartier geherrscht haben; das aber stand fest, daß man mit Preußen nicht pacificiren, sondern mit den Südstaaten als Verbündeter Oestreichs den Krieg überstehen wolle.

Zu diesem Zweck war eine Vereinigung mit dem bairischen Heere das nächste zu erstrebende Ziel. Diese Vereinigung herbeizuführen, wurde ein Commissär in das bairische Hauptquartier geschickt. Aber die Baiern sollten aus dem Süden mit ihrem Heere über den thüringer Wald nach dem Norden brechen, um die hannöversche Armee zu begagiren.

Diese Zumuthung war, ganz abgesehen von Zustand und Kriegsführung der bairischen Armee, eine politisch unbillige und die Ausführung in militärischer Hinsicht für die Baiern ein sehr gewagtes Unternehmen.

Das scheint auch wenigstens die militärische Umgebung des Königs erkannt zu haben, und es wurden einige schwache Versuche gemacht, welche auf die Absicht eines Durchbruchs nach dem Süden deuteten.

Zwei Hauptrichtungen boten sich für den Zug nach Süden: über Eisenach und Meinungen längs dem Werrathal, und über Gotha auf den Chausseen, welche quer über den Thüringer Wald nach dem Süden führen. Der Weg über Eisenach bot die — unsichere — Möglichkeit, die Werrabahn zu benutzen,

aber er setzte in größte Gefahr eines Flankenangriffs durch General Falkenstein; der Weg über Gotha war vom 23. bis 25. so gut wie offen, er war noch am 26. ohne große Anstrengungen zu forciren. Von Gotha aus führen drei vortreffliche Heerstraßen über den Wald, leicht passirbar für jedes Geschütz; das Waldgebirge ist in einem halben Tagemarsche von Gotha zu erreichen, ein Verfolgen dort war mit schwachen Kräften fast hoffnungslos, ein Flankenangriff von Eisenach aus sehr erschwert.

Man hatte nicht den Entschluß, einen von diesen beiden Wegen einzuschlagen; wohl aber gab man sich der Illusion hin, daß die Baiern eine Kraft entwickeln würden, die man selbst nicht hatte.

Von dieser Hoffnung aus lag es im Interesse des Königs von Hannover, die Preußen hinzuhalten. Es lag ebenso im Interesse der Preußen, den Marsch der Hannoveraner zu verzögern, bis die preussischen Streitkräfte in entsprechender Macht herangekommen waren.

Aber das Verhalten der beiden Parteien war nicht dasselbe. Es war allerdings unrichtig, daß man in Berlin am 23. Juni annahm, das Heer der Hannoveraner sei bereits umstellt. Die preussischen Streitkräfte waren wenigstens in Gotha völlig ungenügend, den Durchbruch zu verhindern. Aber man verfuhr preussischerseits doch mit großer Mäßigkeit und Loyalität, denn Oberst Döring trug noch am 26. Juni dem König von Hannover das Angebot eines Offensiv- und Defensivbündnisses mit Garantie des hannoverschen Besitzstandes zu. Es war ein Antrag, den jeder Unparteiische für das Aeußerste von Rücksicht erklären wird, welche nach dem Geschehenen noch möglich war.

Wie verfuhr dagegen der König von Hannover? Sein Heer hatte das Gebiet eines andern deutschen Bundesfürsten betreten, da schrieb er, er zuerst am 24. Juni an den Herzog von Gotha und erbat dessen Vermittelung. Nicht weil er eine Verständigung mit Preußen wollte, sondern um die Energie der preussischen Concentration aufzuhalten und Zeit zu gewinnen. Während sein Bevollmächtigter, Major Jacobi noch in Gotha weilte, kam dort Nachricht an, daß Vortruppen der Hannoveraner die Bahn zwischen Gotha und Eisenach besetzt hätten und die Schienen aufrissen. Gerade als der Herzog von Gotha auf den Wunsch des Fürsten, der mit einem Heere in sein Land gebrochen war, einen Verständigungsversuch nach Berlin befördert hat, und sich nach der erhaltenen Antwort des wahrscheinlichen Erfolges freut, wird ihm berichtet, daß der Fürst, der seine Vermittelung gesucht hat, zu gleicher Zeit ein Kriegsmittel anwendet, um Gotha von Eisenach zu isoliren und das Herzogthum dadurch wehrlos zu machen. Daß solche Gewaltthat in diesem Augenblicke nicht nur illoyal gegen den Vermittelnden, sondern auch nachtheilig für ein Abkommen Hannovers mit Preußen war, lag auf der Hand, und der Herzog

von Gotha that nur seine Pflicht, wenn er den Unterhändler darauf aufmerksam machte, und diesen zu bestimmen suchte, dem Offizier der Vortruppen Nachricht von den begonnenen Verhandlungen zu geben.

Aber kurz nachdem der König an den Herzog von Gotha geschrieben, erfuhr der König durch den Commandeur seiner Avantgarde, den Oberst von Bülow, daß Eisenach nur schwach besetzt sei. Da beschloß man plötzlich im hannöverschen Hauptquartier, von den Verhandlungen mit Preußen abzusehen und bei Eisenach durchzubrechen. Nach solcher Veränderung des Planes wurde allerdings die Nachricht, welche Oberst v. Bülow durch Major Jacobi erhielt, Hinderniß für ein sofortiges Eindringen des Obrist v. Bülow in Eisenach. Unterdeß hatte sich der König von Hannover wieder bereit erklärt, die Ankunft eines berliner Unterhändlers abzuwarten.

Militärisch betrachtet war ein Durchbruch der hannöverschen Armee bei Eisenach schon am 24. Juni gewagt, am 25. aber, wo er im günstigsten Fall erst hätte erfolgen können, ein verzweifeltes Wagstück. Dagegen war in der Nacht vom 24. zum 25. Juni und den ganzen folgenden Tag völlige Muße und Zeit, die Bahn bei Gotha zu passiren, und im Fall des Widerstandes die wenigen Bataillone, welche von Gotha aus disponibel gemacht werden konnten, bei Seite zu werfen. Man dachte kaum daran, der König hatte überhaupt nicht den Muth zu einem militärischen Entschluß. Jetzt aber, nach fast zwei Jahren, wagt man, jenen an sich völlig unwesentlichen Zwischenfall zu einer großen Fälschung des Sachverhalts zu benutzen. Wir müssen sogar in der Schrift des österreichischen Generalstabs lesen, daß der Herzog von Gotha im preußischen Interesse hinterlistig den Durchbruch der Hannoveraner verhindert habe. Jenes Zurückhalten der hannöverschen Avantgarde am 24. Juni sei Schuld an der Katastrophe vom 27. und 28. Ein treuherziger König sei listig umspinnen durch preußische Intriguen u. s. w. Man hat bei solcher wüsten Behauptung nicht beachtet, daß man der Armeeführung eines Heeres von 18,000 Mann und 52 Geschützen den ärgsten Vorwurf der Kopflosigkeit und Desorganisation macht, wenn man eine große militärische Action an einem solchen Hinderniß scheitern läßt.

Die Journalisten der großdeutschen Partei haben sich das Vergnügen nicht ver sagt, diese Unwahrheit weiter zu spinnen, und wir haben lesen müssen, der Wald von Schmalkalden sei dem Herzog von Gotha von Preußen geschenkt worden, weil er den Durchbruch der Hannoveraner verhindert habe. Wenn die preußische Regierung bewogen wurde, dem Herzog seinen Privatbesitz zu vergrößern, so hatte sie dafür einen bessern Grund. Das Privatvermögen des Herzogs ist zum größten Theil von früherer Generation her in österreichischen Gütern angelegt, und sein finanzielles Interesse hätte ihn mehr als die meisten andern Fürsten auf die Seite Oestreichs ziehen müssen; es war ohnedies durch den Krieg aufs höchste gefährdet. Daß er durch Rücksichten auf seine Privatverhältnisse sich keinen Augenblick beirren ließ, daß er gescheidt und warmherzig die Pflichten eines deutschen Fürsten erfüllte und sich und die Bataillone seines Landes sofort zur Disposition stellte, das legte der preußischen Regierung nahe genug, dafür zu sorgen, daß seine Parteinahme ihm wenigstens nicht Schaden bereitete.

Wer die eigene Schwäche und Unwahrheit dadurch zu beschönigen sucht, daß er seinen Gegnern niedrige Motive des Handelns andichtet, mindert ehrlichen Leuten das Mitleid, das er sich durch wahrhaft vornehme Haltung bewahren könnte.

Das Treffen von Langensalza aber, in welchem der Angriff eiligst zusammengeraffter preußischer Truppen zurückgeschlagen wurde, war eine militärische Schlappe, aber nächst der Schlacht von Königgrätz der größte poli-

tische Sieg des Jahres 1866, denn ohne diesen Ausfall des Treffens säße der König von Hannover trotz allem, was er gegen Preußen gesündigt, heut als Regent in seinem Königsschloß.

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, 1. April.

Das abgelaufene Vierteljahr beschließt einen wichtigen Abschnitt in der deutschen Geschichte, die Periode, welche zwischen der Auflösung des alten Bundes und dem Zusammentritt der ersten Volksvertretung des gesammten Vaterlandes liegt. Dieses Interimsticum, welches dem deutschen Süden das Hochgefühl absoluter Herrenlosigkeit brachte, hat die Früchte, welche das alte Bundestagsystem ausgesäet, mit Treibhausgeschwindigkeit zur Reife und wir hoffen zur Fäulniß gebracht. Nahezu die Hälfte der Männer, welche das Land jenseit des Main nach Berlin zu senden beschlossen hat, tritt die Reise dorthin mit der ausgesprochenen Absicht an, wenn möglich unverrichteter Sache nach Hause zu kommen, jedenfalls nichts zu lernen und nichts zu vergessen. Kleinstaatler, Ultramontane und radicale Demokraten haben sich gegenseitig das Wort gegeben, die dem deutschen Volk nach zwanzig Jahren gebotene erste Gelegenheit zu freier Verständigung unbenutzt zu lassen. Wüßten wir nicht, daß die Dinge mächtiger sind wie die Menschen, wir hätten allen Grund, den Bericht über den März des Jahres 1868 mit schwarzem Rande zu umgeben; vor zwanzig Jahren trat ein deutsches Parlament zusammen, dessen Glieder mit Selbstvertrauen und gutem Willen ans Werk gingen und doch machten die Einigungswünsche der Nation bankrott — was soll von einer Versammlung gehofft werden, die zu einem reichlichen Drittheil aus Böswilligen bestehen wird? Und dennoch sind wir siegesgewisser wie damals, und dennoch müssen die Gegner sich sagen, daß ihr Sträuben wenigstens zum guten Theil ein vergebliches sein werde. Das Fundament der materiellen Interessen, auf welches das deutsche Zollparlament gestellt ist, läßt sich beim besten Willen nicht zerstören, die Mauern, welche dasselbe tragen sollen, werden doch zur Höhe wachsen, „die Sache wills“, und die „Brutalität der Thatsachen“, welche das Interesse Preußens mit dem Deutschlands identificirt haben, läßt sich ihr Recht nicht mehr nehmen.

Betrachten wir die Geschichte der im abgelaufenen Monat vollzogenen Wahlen, so tritt uns das Bild der Planlosigkeit und Impotenz, welche allen Handlungen der Gegner der nationalen Sache anhaftet, noch einmal in abschreckendster Gestalt entgegen. Tout comprendre c'est tout pardonner, sagt ein französisches Sprichwort. Das absolut Unverständige muß aber darauf verzichten, verstanden zu werden. Von den Fractionen, welche sich in Württemberg, Baden und Baiern zur Bekämpfung der preussischen Hegemonie verbunden haben, will jede etwas anderes, weiß keine genau, was sie will, ja innerhalb dieser Fractionen selbst ist die Zahl der verschiedenen „Systeme“ von der der Köpfe wenig unterschieden. Der politischen Wirklichkeit in gleicher Weise entfremdet, wissen Ultramontane, Particularisten und Radicale schlechterdings nicht, was sie thun würden, wenn sie das Heft in die Hände bekämen; jede dieser Fractionen würde in sich selbst zusammenstürzen, wenn sie den Consequenzen ihres eignen Wollens gegenüberstände. Das Unmögliche zu wollen und dadurch der Möglichkeit energischen Handelns überhoben zu sein, ist zu allen Zeiten der Stolz deutscher Idealpolitiker gewesen und darum können diese den Preußen die Todsünde nicht vergeben, nach praktischen Zielen die Hand ausgestreckt, das Mögliche gethan, den Worten die Thaten vorausgeschickt zu haben.